Ökologie in falschen Händen?

Rechtsextreme Vereinnahmung erkennen und ihr begegnen



Impressum

Herausgeber:
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Bundesgeschäftsstelle | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin
Tel. +49 30 27586-40 | Fax +49 30 27586-440 | bund@bund.net
www.bund.net

V. i. S. d. P.:
Nicole Anton | Redaktion: Vivien Klatt, Lena Hinderberger, Dante Davis |
Gestaltung: actu&tactu GbR

„Blended Learning für den Durchblick: Rechtsextreme Unterwanderung im Natur-, Klima- und Umweltschutz stoppen – ein Projekt des BUND." ist ein Kooperationsprojekt mit dem Erich-Zeigner-Haus e.V. und wird vom Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" gefördert.

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Gefördert vom
Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend
im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Inhaltsverzeichnis

Durchblick gegen Unterwanderung: Schutz vor Rechtsextremismus im Umweltbereich 4

Rechte Wurzeln? Die Geschichte des Natur- und Umweltschutzes 6

Die Entstehung des Naturschutzes 6

Naturschutz im Nationalsozialismus 7

Ökologisches Engagement nach dem 2. Weltkrieg 9

Ein INTERVIEW mit dem AK gegen rechts des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft e.V. 10

Rechtsextremismus erkennen – verstehen – einordnen 13

Grün als Tarnfarbe: Umweltschutz als Brückenideologie – Interview mit der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung 15

Initiativen, Projekte und Ansätze die sich mit Rechtsextremismus im Natur-, Klima- und Umweltschutz auseinandersetzen 19

FARN – Fachstelle Radikalisierungs-prävention und Engagement im Naturschutz 20

JuDu – Jugendverbände für Demokratie im Umweltschutz 20

Umweltpolitik und die populistische Herausforderung (Das Progressive Zentrum) 21

Kein Blattbreit der Rechten (NAJU) 21

ANU gegen Rechtsextremismus 21

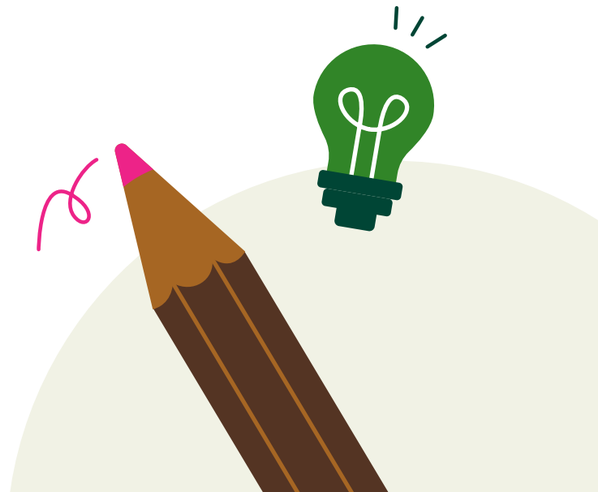
AK gegen Rechts der Solawi 21

Echo! – Klima im demokratischen Raum (Kulturbüro Sachsen e.V.) 22

Kompetenzen für den Wandel (Kooperationsprojekt des BUND und NABU) 22

Quellenverzeichnis 24

Über das Projekt 27



Durchblick gegen Unterwanderung: Schutz vor Rechtsextremismus im Umweltbereich

Warum wir im Umweltbereich genauer hinsehen müssen

Was auf den ersten Blick befremdlich wirkt, ist längst Realität: Rechtsextreme Akteur*innen engagieren sich im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz, unterwandern Initiativen und vereinnahmen ökologische Anliegen für ihre Zwecke. Sie knüpfen an Themen an, die vielen von uns wichtig sind, und verbinden sie – oft zunächst subtil – mit ausgrenzenden, antidemokratischen Ideen, z.B. wenn es um Artenschutz geht.

Unser Projekt „Durchblick gegen Unterwanderung: Schutz vor Rechtsextremismus im Umweltbereich“, gefördert im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, setzt sich genau damit auseinander. Wir möchten Engagierte im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz dabei unterstützen,

- Rechtsextreme Einflussversuche frühzeitig zu erkennen
- Souverän zu reagieren und klare Grenzen zu ziehen
- Ihre Organisationsstrukturen langfristig widerstandsfähig zu machen

Dafür verbinden wir fundiertes Wissen mit konkreten Strategien für den Alltag – ob im Ehrenamt, in der Bildungsarbeit oder im Hauptamt.

Unser Angebot:

- Digitale Kursmodule zum Thema Rechtsextremismus im Natur-, Umwelt- und Klimaschutz mit historischen Hintergründen, Analysen, aktuellen Fallbeispielen und Übungen
- Workshops und Veranstaltungen, in denen wir Wissen vertiefen und gemeinsam über Gegenstrategien diskutieren

Vom Online-Kurs in deinen Arbeitsalltag – Unser Lernnavigator

Dieser Lernnavigator ist der Beginn einer Reihe, die unsere digitalen Kursmodule begleitet, ergänzt und die Inhalte über die Projektlaufzeit hinaus nutzbar macht. Viele von euch arbeiten in Kontexten, in denen gedrucktes Material oder strukturierte PDFs nach wie vor wichtig sind – sei es für die Vor- und Nachbereitung von Bildungsveranstaltungen, für die Durchführung interner Fortbildungen oder für die eigene vertiefende Lektüre.

Zu jedem neuen digitalen Kursmodul wird auch ein begleitender Lernnavigator erscheinen. So entsteht Schritt für Schritt eine Materialsammlung, die wichtige Informationen bündelt und dir flexibel in der Praxis zur Verfügung steht. Künftig erwarten dich neben Hintergrundwissen auch konkrete Anwendungstipps, Übungen und Methodenideen, die du direkt in deine Arbeit einfließen lassen kannst.



Was erwartet dich in dieser Ausgabe?

Diese Broschüre bündelt die Inhalte des ersten digitalen Kursmoduls „Ökologie in falschen Händen? Rechtsextremismus erkennen und begegnen“. Den Link und QR-Code zum Kurs findest du auf Seite 24 in diesem Heft. Im Mittelpunkt stehen drei Fragen, die den Grundstein für die weiteren Module und für wirksame Prävention und Gegenwehr gegen rechtsextreme Unterwanderung im ökologischen Bereich legen:



1. Was meinen wir eigentlich, wenn wir von Rechtsextremismus sprechen?

Wir stellen verschiedene Einstellungsdimensionen von Rechtsextremismus vor und zeigen, warum es wichtig ist, über gängige Klischees hinauszugehen. Rechtsextremes Gedankengut zeigt sich nicht nur in Parteien, Neonazi-Szenen oder offenen Gewalttaten, sondern auch in Einstellungen, Ideologien und Argumentationsmustern, die in Alltagskontexten anschlussfähig sein können. Ein geschärftes Begriffsverständnis ist die Grundlage dafür, problematische Positionen im eigenen Umfeld frühzeitig zu erkennen und einzuordnen.

2. Woher kommt die Verbindung zwischen Rechtsextremismus und Naturschutz?

Um diese Frage zu beantworten, gehen wir zurück zu den Wurzeln des Naturschutzes in Deutschland. Wir zeigen, dass völkische Stimmen dort bereits früh präsent waren und im Laufe der Zeit immer einflussreicher wurden. In diesem Zusammenhang werfen wir auch ein Schlaglicht auf die Rolle des Naturschutzes im Nationalsozialismus.

Anschließend betrachten wir, wie sich Image und Ausgestaltung ökologischen Engagements zu dem gewandelt haben, was wir heute kennen. Dazu schauen wir auf die Entwicklungen nach 1945 und insbesondere auf die Entstehung der modernen Umweltschutzbewegung.

3. Wie sieht erfolgreiche Gegenwehr in der Praxis aus?

Damit es nicht bei reiner Theorie bleibt, stellen wir zwei Projekte vor, die zeigen, dass sich aktives und strategisches Handeln lohnt:

- Den Arbeitskreis gegen rechts des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft e.V.
- Und das Projekt ANU gegen Rechtsextremismus der Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung Bundesverband e.V.

In Interviews berichten die Engagierten, wie sich ihre Projekte entwickelt haben, welches Vorgehen sich bewährt hat und welche Strategien sie im Umgang mit rechtsextremen Bestrebungen nutzen. Diese Perspektiven sollen Mut machen und konkrete Anregungen liefern – besonders, wenn du selbst noch am Anfang stehst oder nach neuen Ansatzpunkten suchst.

Auf den letzten Seiten findest du außerdem eine **Übersicht weiterer Projekte und Initiativen**, die sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten und aus verschiedenen Perspektiven mit Rechtsextremismus im Kontext von Natur, Umwelt und Klima befassen. Diese Sammlung – die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt – versteht sich als Einladung zum Weiterrecherchieren, Vernetzen und Inspirieren-Lassen

Viel Spaß bei der Lektüre!
Wir hoffen, dass diese Broschüre dir praktisches Wissen und neue Anregungen vermittelt – ob du Workshops planst, Strukturen weiterentwickelst oder in deinem Alltag genauer hinschauen möchtest.

Das Projekt-Team

Rechte Wurzeln? Die Geschichte des Natur- und Umweltschutzes

Hast du dir schon mal Gedanken gemacht, woher die Verbindungen zwischen Rechtsextremismus und Natur- und Umweltschutz kommt? Um das verstehen zu können, ist ein Blick in die Geschichte des Naturschutzes in Deutschland nötig. Denn diese Verbindung liegt bereits in den Wurzeln des Naturschutzes begraben. Nicht jede*r frühe Naturschützer*in war automatisch völkisch oder rechtsextrem, aber es gab diese Stimmen von Beginn an und sie wurden mit der Zeit bestimmender. Deshalb ist es wichtig, sich Aspekte und Schnittpunkte anzuschauen, die den Naturschutzgedanken anschlussfähig an Ungleichwertigkeitsvorstellungen machten.

Die Entstehung des Naturschutzes

Das 19. Jahrhundert wurde maßgeblich durch die **Industrialisierung** geprägt. Sie brachte zwar einerseits enorme technische und wirtschaftliche Fortschritte, gleichzeitig hatte dies aber auch verheerende Auswirkungen auf die Natur: Fabriken verpesteten Luft und Wasser, Wälder wurden gerodet, Böden versiegelt und für die Entstehung von neuen Bahnlinien ganze Landschaften verändert. Auch auf die Artenvielfalt hatte dies negative Auswirkungen.

Gleichzeitig zogen immer mehr Menschen in die Städte, weil dort besser bezahlte Arbeitsplätze warteten. Immer mehr Großstädte entstanden, allerdings gab es dadurch auch immer weniger traditionelle Dorfgemeinschaften. Die Armut auf dem Land wuchs.

Die erste Naturschutzbewegung in Deutschland entstand als Reaktion auf diese Entwicklungen. Ideologisch ist sie eher **rechtskonservativ** und **antimodernistisch** zu verorten. Sie wollte bewahren, was sie als „natürlich“ und „ursprünglich“ ansah. Maßgeblich war hier der **Einfluss der Romantik** auf das Denken der Naturschützer*innen. So verklärten viele von ihnen die Natur und sahen sie als Spiegel einer reinen und unverfälschten Ordnung, die nun durch die Moderne ins Wanken gerät. Naturschutz bedeutete deshalb oft zugleich Heimatschutz.[5]

Vom Naturschutz zum völkischen Denken

Antisemitische und rassistische Stimmen gab es in der deutschen Naturschutzbewegung von Anfang an. Manche Naturschützer*innen übertrugen naturwissenschaftliche Konzepte, wie zum Beispiel Darwins Evolutionstheorie des „survival of the fittest“ auf die menschliche Gesellschaft. Das nennt man auch **Biologismus**. Zu Beginn waren diese Stimmen eher eine Randerscheinung. Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg gewannen sie aber zunehmend an Einfluss.

Nun bestimmten vor allem **Kulturpessimismus und Zivilisationskritik** den Naturschutz. Ebenso die Sehnsucht nach einer vermeintlich „natürlichen Ordnung“. Doch was bedeutet das konkret?

Völkische Naturschützer*innen blickten mit Ablehnung und Pessimismus auf die Entwicklung der modernen Welt. Fabriken, Großstädte und neue Lebensstile galten für sie als Zeichen eines **moralischen und kulturellen „Verfalls“**. Sie beklagten außerdem die „Entwurzelung“ des Menschen, der in die Städte zog, seinen Lebensstil anpasste und den Bezug zu einer „natürlichen Lebensweise“ verlor. Aus dieser Haltung erwuchs der Wunsch nach einer **vermeintlich unverfälschten Natur**: natürlich gewachsen und frei von fremden Einflüssen. **Industrialisierung** und **Urbanisierung** (Verstädterung) wurden als Hauptfeinde dieser „Reinheit“ angesehen. Diese Logik wurde auch auf die Gesellschaft übertragen: Nur wer der Vorstellung vom „Volkskörper“ entsprach, wurde akzeptiert. Alles vermeintlich „Fremde“ wurde abgewertet und als nicht zugehörig angesehen, so zum Beispiel auch Jüdinnen*Juden.[7] Die Industrialisierung und gesellschaftliche Modernisierung wurden als Auswuchs des Kapitalismus angesehen und Jüdinnen*Juden als Schuldige dafür erachtet, anstatt Kritik an den bestehenden Verhältnissen zu üben.[8]

Diese ideologische Entwicklung führte dazu, dass der Naturschutz in großen Teilen sehr gut anschlussfähig an das nationalsozialistische Weltbild war, das die Gesellschaft zu dieser Zeit immer stärker bestimmte.

Naturschutz im Nationalsozialismus

Der Naturschutz bildete im Nationalsozialismus eine Stütze des Regimes. Nicht nur **ideologische Schnittpunkte** zogen viele Naturschützer*innen in die Nähe des Nationalsozialismus, manche versprachen sich davon auch eine **persönliche Karriere** im NS-Staat. 1933 wurden nach der sogenannten „Machtergreifung“ alle Naturschutzorganisation gleichgeschaltet und in den „Reichsbund für Volkstum und Heimat“ eingebunden. Viele hatten sich aber auch davor bereits freiwillig den Nationalsozialisten angeschlossen oder deren Ideologie bereits lange geteilt. Einzig die Naturfreunde, die aus der Arbeiterbewegung hervorgingen, verweigerten diesen Schritt und wurden deshalb 1933 verboten.[9]

Die Heimatschutzbewegung

Als Begründer der Heimatschutzbewegung, die um 1900 entstand, gilt der Komponist **Ernst Rudorff** (1840-1916). Auch er sah in den anwachsenden Städten und der Industrialisierung ein Feindbild und wollte die „Ursprünglichkeit“ der Natur erhalten. Die Moderne lehnte er ab, zum Beispiel auch die Einführung landwirtschaftlicher Maschinen. Sein Engagement war nicht rein ökologisch motiviert, denn seine Grundsätze wandte er auch auf die Gesellschaft an. So wollte er auch die Ursprünglichkeit des „deutschen Volks“ bewahren und dieses vor dem „Fremden“ schützen. Er sah die Deutschen als überlegen an, als Beispiel dafür nannte er die Dichtkunst und Musik. 1904 gründete er den Bund Heimatschutz, von dem Jüdinnen*Juden und Frauen per se ausgeschlossen waren.[6]

Zeitstrahl

19. Jahrhundert: Industrialisierung
- Fabriken werden gebaut, Massenproduktion entsteht
- Verstädterung und Bevölkerungswachstum
- Natur- und Umweltschäden

ab Mitte des 19. Jahrhunderts:
Entstehung des Naturschutzgedankens als Antwort und Kritik auf Industrialisierung und Moderne

Um 1860:
Das Wort „Ökologie“ zieht in den deutschen Sprachgebrauch ein[1]

Um 1900:
Erste Naturschutzorganisationen bilden sich. So gründete sich zum Beispiel 1899 der „Bund für Vogelschutz“, der heute als NABU immer noch tätig ist

Nach 1918:
Nach der Niederlage des ersten Weltkriegs werden antisemitische und rassistische Stimmen im Naturschutz lauter[2]

1933:
Gleichschaltung der Naturschutzverbände und Eingliederung in den „Reichsbund für Volkstum und Heimat“. Die Naturfreunde verweigern die Gleichschaltung und werden verboten[3]

Vor allem die Blut- und Bodenideologie der Nazis sowie der Antisemitismus waren sehr gut anschlussfähig an das Weltbild vieler Naturschützer*innen. Beide hatten auch eine enge Verbindung:

- **Blut und Boden:** Die Blut- und Boden-Ideologie war ein zentraler Bestandteil der nationalsozialistischen Vorstellungen. Sie geht davon aus, dass es eine **„natürliche" Verbindung** zwischen einem rassistisch definierten „Volk" und seinem angeblich angestammten **„Raum"** gibt. Eine bäuerliche, bodenständige Gesellschaft galt dabei als Ideal – und als Gegenbild zur verhassten städtischen Lebensweise. Gruppen, die nicht in dieses Bild passten, wurden abgewertet und ausgegrenzt. Diese Ideologie diente auch dazu, Vertreibungen und Morde zu rechtfertigen.[10]
- **Antisemitismus:** Antisemitismus war ein zentrales Element der NS-Diktatur und gleichzeitig auch tief im völkischen Naturschutz verankert. Jüdinnen*Juden wurden systematisch aus der „Volksgemeinschaft" ausgeschlossen. Natur- und Heimatverbundenheit wurden von völkischen Naturschützer*innen und Nationalsozialist*innen als „typisch arisch" angesehen. Jüdinnen*Juden sprach man diese Verbundenheit grundsätzlich ab. Sie wurden als „ewige Nomaden" diffamiert, angeblich ohne Wurzeln, ohne eigenes Land.[11]

Das Reichsnaturschutzgesetz

Das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 galt lange Zeit als fortschrittlich, weil es zum Beispiel **Schutzkategorien für Landschaften** einführte. Es erlaubte jedoch auch die **Enteignung von Privateigentum ohne Entschädigung**.

Mit den Mitteln der Diktatur war für den Naturschutz oft mehr möglich als in der Weimarer Republik – allerdings nur, wenn die Vorhaben den nationalsozialistischen Zielen entsprachen.

In der Präambel des Gesetzes hieß es, wirksamer Naturschutz setze die „Umgestaltung des deutschen Menschen" voraus. Gemeint war damit, dass nur Menschen, die dem „arischen" Ideal entsprachen, zu wahrem Naturschutz fähig seien. Daran wird deutlich, wie eng **Naturschutz und völkisch-rassistische Ideologie** verbunden waren.[12]

Trotzdem ist es wichtig zu erkennen, dass der Nationalsozialismus keine „grüne" Diktatur war. Naturschutz war kein übergeordnetes Ziel im Nationalsozialismus.[13] Und im Laufe der NS-Diktatur wurde die Modernisierung, die Vorbereitung auf den Krieg und die damit einhergehende ansteigende Produktion sowie der Ausbau von Infrastruktur immer wichtiger. Naturschützer*innen, deren Ziel es war, die Landschaft wieder auf einen vormodernen Zustand zurückzusetzen, standen zunehmend im Weg.[14] Stattdessen rückten z.B. Gebietserweiterungen in den Fokus, die mithilfe des Naturschutzes allerdings legitimiert werden konnten:

Der „Generalplan Ost"

Der von Heinrich Himmler in Auftrag gegebene Generalplan Ost zeigt besonders deutlich, wie der Natur- und Landschaftsschutzgedanke für die verbrecherische Politik des NS-Regimes instrumentalisiert wurde. Ziel des Plans war es, große Teile Osteuropas als **„Lebensraum im Osten"** zu erobern und nach rassistischen Kriterien neu zu ordnen. Mehr als 30 Millionen Menschen, vor allem Pol*innen, Ukrainer*innen, Russ*innen und Tschech*innen, sollten **vertrieben oder ermordet** werden. Nur eine kleine Gruppe sollte als Zwangsarbeiter*innen in der Landwirtschaft verbleiben.[15]

Das Vorhaben beruhte erneut auf der **rassistischen Blut- und Bodenideologie**. Nur, wer das „richtige Blut" besitzt, sollte auf dem vom Deutschen Reich geführten Boden seinen Platz haben.[16] Es scheint, als sei Naturschutz hier vor allem ein weiteres Mittel zum Zweck, eine Legitimationsgrundlage für den Krieg, die massenhafte Ermordung und die geographische Vergrößerung des Deutschen Reichs gewesen.[17] Letztlich wurde der „Generalplan Ost" nur in Teilen umgesetzt.

1935: Das Reichsnaturschutzgesetz wird erlassen

- Erstes umfassendes Naturschutzgesetz in Europa
- Führte Schutzkategorien für Landschaften ein
- Ermöglichte aber auch Enteignungen von Privateigentum ohne Entschädigung[4]

1939 – 1945: Zweiter Weltkrieg

- Kriegsvorbereitung und -produktion werden wichtiger, Naturschutzthemen rücken in den Hintergrund und stehen dem Vorhaben eher im Weg
- Natur und Umwelt leiden extrem unter den Auswirkungen des Kriegs und der gesteigerten Produktion

Ökologisches Engagement nach dem 2. Weltkrieg

Nach dem Ende des Nationalsozialismus konnten die meisten führenden Naturschützer*innen ihre Arbeit nahezu bruchlos fortsetzen – sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle im NS-Regime blieb lange aus und setzte in vielen Verbänden erst in den 1990er Jahren ein.

Inhaltlich prägten weiterhin kulturpessimistische und zivilisationskritische Haltungen die Szene. Erst jüngere Stimmen forderten eine Erneuerung: weg vom völkisch-romantisierenden Denken, hin zu einer stärkeren Orientierung an wissenschaftlich-ökologischen Erkenntnissen.[18]

Der entscheidende Imagewandel kam mit dem Aufkommen der Umweltbewegung.

Die Umweltbewegung entsteht

Was einst von völkischem Denken und Heimatidealen geprägt war, gilt heute vielen als fortschrittlich und weltoffen. Ein Wandel, der vor allem durch die Entstehung der Umweltschutzbewegung geprägt wurde. Doch welche Entwicklungen führten dorthin?

Zeitstrahl

1950er/1960er Jahre Wirtschaftswunder und Wertewandel:
Mit dem Wirtschaftswunder steigt der Wohlstand, materielle Bedürfnisse scheinen vorerst gedeckt. Stattdessen treten nun neue Forderungen in den Vordergrund, z.B. nach Lebensqualität, Freiheit oder Mitbestimmung.[19]Aber dieser Wirtschaftsboom hat auch negative Auswirkungen, vor allem für die Umwelt. So wachsen mit dem Wohlstand auch die Emissionen, die Verschmutzung der Gewässer und die Müllberge.[20]

1954: Naturschutzgesetz in der DDR
Bereits relativ früh nach der Teilung Deutschlands (1949) erlässt die DDR ein **neues Naturschutzgesetz** und löst damit das Reichsnaturschutzgesetz weit vor der BRD ab. Dort ist dieses noch bis 1976 gültig.[21]

1968: Höhepunkt der Studentenbewegung
Umweltschutz ist kein eigenständiges Thema der Bewegung, allerdings öffnet sie den Raum für neue Protestformen, basisdemokratische Ideen und gesellschaftliche Kritik. Dies stellt einen wichtigen Nährboden für die Umweltbewegung dar.[22]

1970: Das Europäische Naturschutzjahr
Das Europäische Naturschutzjahr ist die erste europaweite Umweltkampagne, initiiert durch den Europarat. Durch zahlreiche Maßnahmen wie Vorträge, Konferenzen oder Ausstellungen werden Umweltthemen zunehmend in der Öffentlichkeit diskutiert. Heute gilt es als Katalysator der Umweltschutzbewegung in Europa.[23]

Frühe 1970er: erste Umweltverbände entstehen
Anfang der 1970er Jahre entsteht eine Vielzahl von Initiativen und Gruppen, die sich explizit dem Umweltschutz verschrieben haben. Getragen wird die Umweltbewegung zu Beginn vor allem von Bürgerinitiativen. 1972 schließt sich ein großer Teil zum Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, kurz BBU, zusammen.[24]

1972: Bericht des Club of Rome
Mit seinem Bericht „Die Grenzen des Wachstums" zeigt der Club of Rome, ein Zusammenschluss renommierter Wissenschaftler*innen, die planetaren Grenzen des Wirtschaftswachstums auf. Der Bericht wird öffentlich viel diskutiert und trägt dazu bei, dass die öffentliche Bedeutung von Umweltthemen zunimmt.[25]

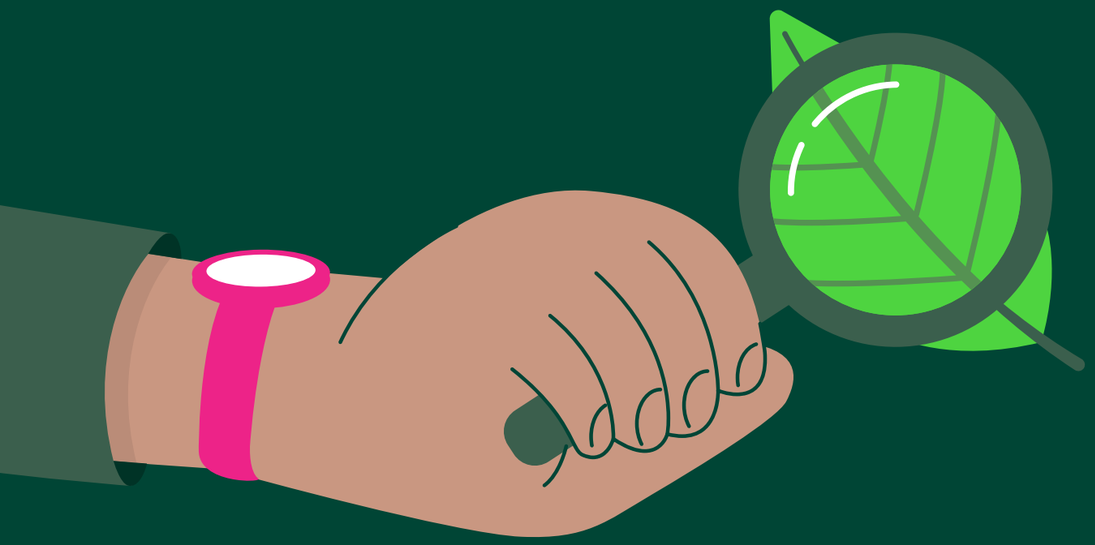
1973: Ölkrise
Mit der Ölkrise wird vielen zum ersten Mal die Abhängigkeit von Öl-exportierenden Ländern klar und die Sorge vor Energieknappheit steigt. Die Politik plant deshalb den Bau von 40 Atomkraftwerken.[26] Bürger*innen wehren sich gegen diesen Ausbau der Kernenergie. Die Anti-Atomkraft-Bewegung nimmt Form an.

1975: Gründung des BUND
In Marktheidenfeld wird der Bund für Natur und Umweltschutz gegründet, der sich später in Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) umbenennt**.** Auch hier gibt es zu Beginn prägende Persönlichkeiten, die entweder im Nationalsozialismus Karriere gemacht hatten, wie zum Beispiel Bodo Manstein oder rassistische Thesen und teils extrem rechte Einstellungen vertraten, wie der ehemalige Vorsitzende und Gründungsmitglied Herbert Gruhl. Mit dieser Verbindung werden wir uns zukünftig noch stärker befassen.

1983: Einzug der Grünen in den Bundestag
Die Grünen, die aus der Umweltbewegung heraus entstanden sind, ziehen zum ersten Mal in den Bundestag ein. Umweltschutzthemen wird damit politisch und parlamentarisch ein stärkeres Gewicht verliehen.

Mit diesen Entwicklungen, vor allem in den 1970/80er Jahren, entstand im ökologischen Engagement eine zunehmend demokratische, progressive und wissenschaftliche Perspektive. Das bedeutete jedoch nicht das Ende rechter Kontinuitäten im Natur- und Umweltschutz. Im Gegenteil: Sie bestehen bis heute fort. Diesen aktuellen Erscheinungsformen widmen wir uns in den kommenden Ausgaben.

„Wir haben erkannt, dass auch die Idee der solidarischen Landwirtschaft anschlussfähig für Menschen rechter Gesinnung ist.“



Ein INTERVIEW mit dem AK gegen rechts des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft e.V.

Solidarische Landwirtschaft und Rechtsextremismus – das wirkt auf den ersten Blick widersprüchlich. Was hat euch dazu bewegt, den AK gegen rechts ins Leben zu rufen?
Innerhalb des Netzwerks Solidarische Landwirtschaft hat sich 2016 die Arbeitsgruppe „Rechte Tendenzen“ gegründet. Anlass dafür war ein Solawi-Hof, der gut vernetzt in der völkischen Szene war und von Ludendorff-Anhänger:innen betrieben wurde.[27] Einer dieser Bauern hatte sich auch in den Basisstrukturen des Netzwerks „Solidarische Landwirtschaft“ engagiert. Es folgte ein Prozess, um die Landwirte und die Solawi aus dem Netzwerk auszuschließen. Bis heute beschäftigt uns dieser Fall, da der Hof weiter für das Konzept der Solidarischen Landwirtschaft wirbt. Durch das Bekanntmachen dieses Falls meldeten einzelne Solawis aus ganz Deutschland zurück, dass sie auch mit dem Thema konfrontiert sind.

Infolgedessen war klar, dass es nicht nur eine klare Abgrenzung nach rechts braucht, sondern auch Aufklärungs- und Präventivarbeit in den einzelnen Solawis und dem Netzwerk.

Weshalb ist gerade die ökologische Landwirtschaft attraktiv für Rechtsextremist*innen? Wo liegen mögliche Anknüpfungspunkte?
Nicht erst im Kontext des gesellschaftlichen Rechtsrucks ist in den vergangenen Jahren deutlich geworden, dass Gruppen mit rechtsradikaler Gesinnung im Ökolandbau mitmischen. Menschen, die sich rechten Gruppierungen wie z. B. den völkischen Siedler*innen, der AfD oder der rechtsoffenen Anastasia-Bewegung zugehörig fühlen, ziehen aufs Land und verbreiten dort unter dem Deckmantel der romantischen Idylle ländlichen Lebens ihre menschenverachtende Ideologie. Wir haben erkannt, dass auch die Idee der solidarischen Landwirtschaft anschlussfähig für Menschen rechter Gesinnung ist.

Wir sehen die regionale Erzeugung und Vermarktung als regionales Handeln im Kontext von globaler Verantwortung für eine lebensfähige Zukunft aller Menschen in einer intakten Umwelt. Umgedeutet von rechtsextremen Akteur*innen zu „Selbstversorgung der ‚deutschen Volksgemeinschaft‘“ und „Blut-und-Boden-Ideologie“ kann dieses Konzept auch schnell anschlussfähig wirken. Auch der Natur- und Umweltschutz sowie die kapitalismuskritische Haltung der Solawis und die Ablehnung von Gentechnik sind anschlussfähig gegenüber menschenfeindlichen Ideologien. Naturschutz wird schnell zum „Heimatschutz“ und die Kritik am Kapitalismus zum „raffenden Kapital“ ausländischer Konzerne, welches das „deutsche Volk“ bedroht. Das Ziel der Rechten beim Besetzen dieser Positionen ist der Wunsch, den „deutschen Volkskörper“ zu erhalten und sich unabhängig von anderen Staaten zu machen.

Das bringt uns in die Verantwortung, hellhörig zu sein, klar Position zu beziehen und uns abzugrenzen gegenüber menschenfeindlichen Haltungen.

Seit 2016 seid ihr mit dem Arbeitskreis aktiv. Wie wurde eure Arbeit aufgenommen? Seid ihr auch auf Widerstände innerhalb des Netzwerks gestoßen?
Es gab von Beginn des Netzwerks an (2011) einen Passus in der Satzung, der eine deutliche Abgrenzung gegen Rechts beinhaltet. Wir haben uns dafür stark gemacht, das sichtbarer zu machen und mit Leben zu füllen. Das wurde sehr positiv aufgenommen und von den vorhandenen Strukturen immer unterstützt und gewertschätzt. Es gibt aber auch immer wieder einzelne kritische Rückmeldungen und auch Austritte oder Nicht-Eintritte von Einzelmitgliedern aufgrund unserer Arbeit.

Das **Netzwerk Solidarische Landwirtschaft e. V.** ist ein gemeinnütziger Verein, der die Solawi-Bewegung in Deutschland und darüber hinaus vertritt. Solidarische Landwirtschaft bedeutet, dass mehrere private Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs gemeinsam tragen und im Gegenzug die Ernte solidarisch untereinander aufteilen.

Durch die enge Partnerschaft zwischen Verbraucher*innen und Produzent*innen können die Prinzipien einer nachhaltigen Landwirtschaft im Einklang mit den vorhandenen Ressourcen verwirklicht werden – ohne Ausbeutung von Mensch und Natur.

Der Verein unterstützt die Bewegung durch Beratung, Bildungsangebote, Forschungsprojekte und vielfältige Formen der Vernetzung.

Infolgedessen war klar, dass es nicht nur eine klare Abgrenzung nach rechts braucht, sondern auch Aufklärungs- und Präventivarbeit in den einzelnen Solawis und dem Netzwerk.

> Nicht erst im Kontext des gesellschaftlichen Rechtsrucks ist in den vergangenen Jahren deutlich geworden, dass Gruppen mit rechtsradikaler Gesinnung im Ökolandbau mitmischen.

Es gab vereinzelt die Angst, dass durch unsere Arbeit und unsere Präsenz die Wahrnehmung in der Öffentlichkeit entsteht, dass gerade Solawis ein großes Problem mit rechter Unterwanderung haben könnten. Dies war und ist nicht der Fall und unsere Arbeitsgruppe diente eher als Inspiration für andere Player aus der Ökoszene.

Neben vielen weiteren Projekten starteten wir 2023 einen gemeinsamen Schreibprozess, zu dem wir alle Mitglieder und Gremien des Netzwerks eingeladen haben, um eine ausführliche Positionierung zusätzlich zum Passus in der Satzung zu erarbeiten. So wurde der Text „Vielfalt und Haltung“ von vornherein von einer breiten Basis mitgetragen. Wir schätzen diese breite Unterstützung unserer Arbeit und der Positionierung sehr und fühlen uns dadurch in unserer Arbeit gestärkt.

Landwirt*innen können sich bei euch melden, wenn ihnen rechte Aktivitäten auffallen. Wie geht es danach weiter?
Wir sind eine ehrenamtliche Gruppe, daher bieten wir nur eine Erstberatung an. Seit vielen Jahren arbeiten wir eng mit den mobilen Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus zusammen, an die wir die Betroffenen dann weiterleiten. Oft helfen aber auch schon ein offenes Ohr und Ideen aus unserem Erfahrungsschatz, um den Situationen vor Ort zu begegnen. Bei größeren Fällen sind die Beratungsstellen die bessere Ansprechstation. Wir bleiben mit den Menschen, die sich bei uns melden, aber weiter in Kontakt, um von Netzwerkseite her zu unterstützen und um die Learnings bei zukünftigen Fällen mit einbeziehen zu können.

Bei manchen Anfragen betreiben wir auch Recherchearbeit, um uns fortzubilden und ein besseres Bild zu bekommen.

> Wir können Organisationen nur empfehlen, sich klar zu positionieren und ihre Position auch in der Satzung zu verankern. So ist es einfacher, rechtsextreme Menschen auszuschließen, indem man auf die Satzung verweisen kann.

Was ratet ihr Personen und Organisationen, die sich wirksam gegen rechte Unterwanderungsversuche wappnen wollen?
Wir können Organisationen nur empfehlen, sich klar zu positionieren und ihre Position auch in der Satzung zu verankern. So ist es einfacher, rechtsextreme Menschen auszuschließen, indem man auf die Satzung verweisen kann.

Besonders wirksam ist es, wenn die Positionierung aus der Satzung auch mit Leben gefüllt wird. Im Kleinen wie im Großen. Das kann von einem Demoaufruf bis hin zur Gründung eines Arbeitskreises gehen. So macht man sich als Organisation unattraktiv für rechte Unterwanderungsversuche.

Sollte es dann trotzdem rechte Unterwanderungsversuche geben, können wir aus eigener Erfahrung sagen, dass es sinnvoll ist, diese Versuche intern anzusprechen und im Anschluss auch öffentlich zu machen. Als Organisation sollte man keine Angst davor haben, dass sich das negativ auf das Ansehen auswirkt oder Nachtteile bringen kann.

Außerdem ist es sinnvoll, sich mit anderen Gruppierungen oder Organisationen zu vernetzen und auszutauschen. So kann man sich einfach Hilfe holen und auch gegenseitig unterstützen.

Rechtsextremismus erkennen – verstehen – einordnen



Wenn das Wort Rechtsextremismus fällt, entstehen bei dir vielleicht direkt bestimmte Bilder im Kopf: Protestmärsche, bei denen laut und wütend Parolen gerufen werden, Personen mit einem martialischen Auftreten, Berichte über Bedrohungen und Gewalttaten.

Vielleicht sind dir auch schon Videos in den sozialen Medien begegnet, in denen vor **„denen da oben“** oder **„den anderen“** gewarnt wird und vor denen **„wir“ „geschützt“ werden** müssen. Gegebenenfalls werden mit dem Begriff auch Parteien verbunden, die Stimmung gegen Geflüchtete oder gegen den Klimaschutz machen.

Rechtsextremismus erkennen: vom diffusen Begriff zur gesellschaftlichen Realität

Rechtsextremismus wirkt oft wie ein diffuses Schlagwort, das irgendwo zwischen Radikalität, Gewalt und Politik schwebt. Dabei ist er mehr als nur eine Ansammlung lauter Meinungen oder provokanter Sprüche. Er beruht auf einer **Denkweise, die Menschen in Gruppen einteilt, ihnen bestimmte Eigenschaften zuschreibt, sie dadurch abwertet und letztendlich aus der Gesellschaft ausschließen will**. Eine allgemeingültige oder gar abschließende Definition von Rechtsextremismus existiert nicht und verschiedene Institutionen und Wissenschaftsrichtungen definieren ihn etwas unterschiedlich. Doch im Kern sind sie sich einig: **Wer rechtsextrem denkt, ist überzeugt, dass bestimmte Menschen weniger wert seien als andere und ihnen nicht die gleichen Rechte zustünden.**

Das geht auch aus einer populären und grundlegenden Begriffsbestimmung des Politikwissenschaftlers Hans-Gerd Jaschke hervor:

> Unter ‚Rechtsextremismus‘ verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen, organisiert oder nicht, die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklarationen ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen.“[28]

Gerade weil diese Haltungen heute nicht nur bei offensichtlichen Neonazi-Aufmärschen auftauchen, sondern in unscheinbaren Formen im Alltag oder in den sozialen Medien mitschwingen, lohnt es sich, genauer hinzusehen: In der aktuellen Erhebung der „Mitte-Studie“ zur Verbreitung rechtsextremer und demokratiegefährdender Einstellungen in Deutschland weisen 3,3% der Menschen im Jahr 2024/25 ein geschlossen rechtsextremes Weltbild auf. Gut jede fünfte Person (20,6%) stimmt rechtsextremen Einstellungen teilweise zu.[29] Ein rechtsextremes Weltbild setzt sich aus **einzelnen Einstellungsmustern** zusammen, **die Denk- und Verhaltensweisen prägen**. Bei einer hohen Zustimmung zu allen Elementen spricht die Wissenschaft von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild. Wie viele Menschen rechtsextreme Einstellungen teilen, ist auch von gesellschaftlichen Veränderungen, Ereignissen und Diskursen abhängig.[30]

Ein rechtsextremes Weltbild setzt sich aus diesen zentralen Einstellungsmustern zusammen:

- **Autoritarismus** zeigt sich in der Ablehnung von demokratischen Grundprinzipien, wie Beteiligungsprozessen, Perspektivenvielfalt und Mitspracherecht. Er umfasst den Glauben an eine „natürliche Ordnung“ und Hierarchiedenken in dem es nur eine einzige Führungsperson braucht, um den einheitlichen „Volkswillen“ umzusetzen.
- Die **Verharmlosung des Nationalsozialismus** äußert sich in der Relativierung oder auch der Rechtfertigung des Nationalsozialismus und der begangenen Verbrechen.
- Beim **Nationalchauvinismus** handelt es sich um die Überzeugung, dass die eigene Nation und die eigene Zugehörigkeit zu dieser, anderen Nationen oder Gruppen überlegen ist. Die eigene Überhöhung und gleichzeitige Abwertung anderer äußert sich in aggressiven Verhaltensweisen und absoluten Geltungsanspruch.
- **Rassismus** wertet Menschen ab, markiert sie als fremd und nicht-zugehörig. Diese Abwertung und „Fremdmarkierung“ erfolgt gleichzeitig mit der Einteilung in Gruppen, denen unveränderliche (negative) Eigenschaften, Fähigkeiten oder Charakterzüge zugschrieben werden.[31]
- **Antisemitismus** bezeichnet eine Feindseligkeit gegenüber Jüdinnen*Juden und äußert sich insbesondere in Verschwörungserzählungen über geheime Macht und Einflussnahme zum Nachteil der eigenen Nation oder Gruppe. Verbale und körperliche Gewalt – die im Nationalsozialismus zur millionenfachen Ermordungen von Jüdinnen*Juden führte – wird auch heutzutage noch mit der Zuschreibung von negativen Merkmalen wie Niederträchtigkeit oder Selbstsucht gerechtfertigt.
- Im **Sozialdarwinismus** herrscht die Überzeugung, dass es wertvolles und unwertes Leben gibt. Das biologische Prinzip der natürlichen Auslese – oft mit „survival of the fittest“ beschrieben und dabei fälschlich als „Überleben des Stärkeren“ gedeutet – wird auf die menschliche Gesellschaft übertragen. Das führt zur Abwertung, Ausgrenzung und auch zu Angriffen auf Personen, die als „weniger leistungsfähig“ gelten, etwa behinderte, arbeitslose oder kranke Menschen. Ihr Recht auf (Über-)Leben wird dabei an Leistungsfähigkeit und vor allem an körperliche Stärke gebunden.

Für den Rechtsextremismus ist die **Abwertung und Ausgrenzung** zentral. Deswegen speisen sich rechtsextreme Denk- und Verhaltensweisen neben den oben genannten Einstellungsmustern aus weiteren demokratie- und menschenfeindlichen Elementen, so z.B. Nationalismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit, Antipluralismus, völkisches- und Verschwörungsdenken.

Welche Gefahr das Vordringen solcher Einstellungen in die Mitte der Gesellschaft birgt, beschreiben die Autor*innen der Mitte-Studie: „Je weiter und tiefer vorurteilsvolle und diskriminierende Einstellungen – was wir als Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) bezeichnen – in der Mitte verbreitet und verankert sind, umso leichter fällt es rechtsextremen Akteuren, ihre Ideologie und demokratieverachtenden Ziele in der Bevölkerung zu normalisieren – oder auch nur dabei zuzusehen, wie die Mitte selbst zu deren Normalisierung beiträgt.“[32]

Auch der Umwelt- und Naturschutz wirkt auf den ersten Blick positiv und unverdächtig. Doch genau hier liegt eine Gefahr: **Rechtsextreme nutzen ökologische Themen als „Brücke“, um Anschluss an die sogenannte Mitte der Gesellschaft zu finden und ihre Ideologie zu verbreiten**. Wie sich diese rechtsextreme Verknüpfung oder gar Vereinnahmung im Umwelt- und Naturschutz zeigen kann, erfährst du im nachfolgenden Interview.

Grün als Tarnfarbe: Umweltschutz als Brückenideologie



Ein INTERVIEW mit Annette Dieckmann, Vorsitzende und Geschäftsführerin und Marion Loewenfeld, Mitglied des ANU-Sprecherrates

Die **Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung** (ANU) wurde 1992 gegründet und ist der Dach- und Fachverband von rund 1.300 Umweltzentren, Einrichtungen, Verbänden, Initiativen sowie selbstständigen Fachkräften und Einzelpersonen in der außerschulischen Umweltbildung und der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE).

Die ANU gliedert sich in 11 Landesverbände und einen Bundesverband, in denen die Interessen der Mitglieder vertreten werden. Darüber hinaus führt die ANU Projekte im Sinne der sozial-ökologischen Transformation durch und bietet Beratung, Tagungen sowie Fort- und Weiterbildungen an.

Die ANU hat 2023 das Projekt „ANU gegen Rechtsextremismus“ ins Leben gerufen. Was waren der Anlass und die Zielsetzung des Projekts?

Wir haben festgestellt, dass rechtsextreme und rechtspopulistische Personen oder Gruppen Themen des Natur- und Umweltschutzes aufgreifen. Dass sie dabei ihre im Kern menschenverachtenden Ideen verbreiten, bleibt mitunter zunächst verborgen. Sie nutzen ein Vokabular, das im Naturschutz geläufig ist und sprechen etwa vom Schutz „heimischer“ Arten oder warnen vor „eingeschleppten“ Pflanzen. Wenn sie jedoch das Konzept der Neobiota und das Entfernen invasiver, gebietsfremder Arten auf den Umgang mit geflüchteten Menschen übertragen, offenbart sich die dahinterliegende biologistische, rassistische und völkische Ideologie.

Die ANU war bereits in den eigenen Reihen mit einzelnen Personen mit rechtspopulistischer bis rechtsextremer Haltung in verantwortlicher Position konfrontiert. Zudem sehen wir, dass die außerschulische Bildung mit rechtspopulistischen Äußerungen Teilnehmender bis hin zu Bedrohungen von Seminarhäusern durch rechtsextreme Gruppen konfrontiert ist.

Kernanliegen unseres Projekts war es, uns als Multiplikator*innen der Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zu befähigen, rechtspopulistische oder rechtsextreme Aussagen von Beteiligten zu erkennen, in geeigneter Form abzuwehren und etwaiger Unterwanderung durch extrem rechte Akteur*innen im Umwelt- und Naturschutz durch klare demokratische Werteorientierung frühzeitig entgegenzutreten.

Daraus entstand der Plan, uns durch Expert*innen zu Präventivmaßnahmen und zu Möglichkeiten im Umgang mit rechtsextremen Tendenzen beraten zu lassen, dazu Fortbildungen anzubieten und in einer Projekt-Arbeitsgruppe aus Vertreter*innen aus ANU-Landesverbänden und dem Bundessprecherrat eine Strategie und eine gemeinsame Erklärung gegen Rechtsextreme zu erarbeiten.

> „Kernanliegen unseres Projekts war es, uns als Multiplikator*innen der Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) zu befähigen, rechtspopulistische oder rechtsextreme Aussagen von Beteiligten zu erkennen, in geeigneter Form abzuwehren und etwaiger Unterwanderung durch extrem rechte Akteur*innen im Umwelt- und Naturschutz durch klare demokratische Werteorientierung frühzeitig entgegenzutreten.

Wie groß ist Eurer Meinung nach die aktuelle Gefahr rechtsextremer Unterwanderung im Umweltbereich? Wo liegen mögliche Einfallstore?

Die bestehenden Umweltorganisationen tun gerade einiges, um möglichst unattraktiv für eine tatsächliche Unterwanderung zu sein. Personen in Verantwortung sind oft schon sensibilisiert. Mitgliedern an der lokalen Basis fehlt aber häufig noch Wissen über inhaltliche Schnittmengen heutiger rechtsextremer Ideologien oder historische Gemeinsamkeiten mit dem Nationalsozialismus. Zudem besteht bei manchen Akteur*innen der Wunsch, Natur- und Umweltschutz oder Umweltbildung unpolitisch oder „neutral“ zu betreiben. Auch vertreten einige Mitglieder die Meinung, es wäre egal, mit wem man Seite an Seite stehe, Hauptsache man setze sich für den Umweltschutz ein. Es könnten Mehrheiten auch in Organisationen durch Unkenntnis oder vermeintliche Neutralität kippen, wenn sich gesellschaftliche Mehrheiten weiter nach rechts verschieben und ein völkischer Glaube an das Recht des Stärkeren aus einem falschen Naturalismus heraus unwidersprochen bleibt. Es fällt mir schwer die Größe der Gefahr einzuschätzen, für mich ist sie eher diffus.

Konkrete Gefahren sehe ich auch in neu entstehenden Gruppen. Z.B. werden Windenergie-Initiativen von rechten Strömungen genutzt, die darauf aus sind, vorhandene Konflikte zuzuspitzen und in eine Systemkritik umzulenken. Teilweise fließen Narrative ein wie: „die Energiewende dient nur großen Konzernen“ oder „das ist alles gesteuert von Eliten“, – Muster, die rechtsextreme Ideologien anschlussfähig machen. Abseits dieser politischen Konflikte gehen zudem von esoterischen Kreisen oder auch von autoritär geprägten Varianten von Survivaltrainings Botschaften aus, die sich auf die Natur beziehen aber unbewusst oder auch beabsichtigt völkisches, rassistisches oder antifeministisches Denken befördern. Für junge, durch Soziale Medien geprägte Menschen, gehören rechte Narrative mehr und mehr zum Umweltbereich dazu. Wenn durch Bildung nicht mehr gegengesteuert wird, wächst die Gefahr, dass sich mehr Menschen auf der Suche nach einem guten, naturnahen Leben, durch Rechtsextreme verführen lassen.

Im Rahmen des Projekts wurde das Positionspapier „Klare Haltung für Demokratie und Menschenrechte – gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus“ erarbeitet. Was war das Ziel der Erstellung und welche zentrale Botschaft oder welche Wirkung soll damit erzielt werden?

Mit der Erarbeitung des Positionspapiers haben wir einen Prozess der Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut in der Umweltbildung und BNE angestoßen. Die Inhalte wurden von der AG „ANU gegen Rechtsextremismus“ erarbeitet, in der Vertreter*innen aus Bundessprecherrat und Landesverbänden vertreten waren. Der Bundessprecherrat hat zudem alle ANU-Mitglieder beteiligt und sie eingeladen, zu dem Entwurf des Papiers Stellung zu nehmen. Das Positionspapier wurde auf der ANU-Mitgliederversammlung 2024 offiziell beschlossen.

Mit dem Positionspapier setzt sich die ANU öffentlich für einen solidarischen, demokratischen Natur- und Umweltschutz ein und bezieht klare Position gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus. So stärken wir auch (indirekt) jene Gruppen von Menschen, die durch Rechtsextremismus marginalisiert werden.

Uns ist wichtig zu sagen, was wir gegen Rechtsextremismus und -populismus tun und dass dies Teil unseres Bildungsverständnisses ist. Basierend auf den Werten, die in Leitbild und Satzung festgelegt sind, grenzt die ANU sich von jeder Form von Extremismus und menschenverachtender Ideologie ab. Personen, oder Organisationen, die dagegen verstoßen, können nicht Mitglied oder Partner sein. Dazu haben wir rechtssicher unsere Satzung geändert.

Das Positionspapier ist an alle Mitglieder gegangen, sie können es zeichnen und auf ihre Websites stellen.

> „Es könnten Mehrheiten auch in Organisationen durch Unkenntnis oder vermeintliche Neutralität kippen, wenn sich gesellschaftliche Mehrheiten weiter nach rechts verschieben und ein völkischer Glaube an das Recht des Stärkeren aus einem falschen Naturalismus heraus unwidersprochen bleibt.

Teil des Projekts war es, eine Strategie gegen mögliche rechtsextreme Einflussnahme zu entwickeln. Was Ratet ihr Personen und Organisationen, die sich wirksam gegen solche Unterwanderungsversuche wappnen wollen?

Organisationen können ihre Mitglieder zum Thema befragen. Die ANU hat das zu Beginn des Projektes gegen Rechtsextremismus gemacht und wertvolle Erkenntnisse für den weiteren Projektverlauf z.B. über Kenntnisstand zum Thema und Fortbildungsbedarf gewonnen. Wir erfuhren auch, dass durchschnittlich 10% der an der Befragung Teilnehmenden Aussagen vertraten, die Anschlussfähigkeit zu rechtsextremen Ideologien aufwiesen. Eine Beteiligung der Mitglieder an der Auseinandersetzung mit dem Themenbereich halten wir für wichtig, ebenso Beratung und Fortbildung zum Thema in verschiedenen Formaten.

Organisationen können ihre Satzung von einem Rechtsanwalt prüfen lassen, ob sie rechtssicher rechtsradikale Mitglieder ausschließen können, und die Satzung ggf. entsprechend ändern.

Ein öffentliches Positionspapier gegen Rechtsextremismus- und Rechtspopulismus kann intern die Mitglieder einer Organisation stärken und ein klares Bekenntnis für Demokratie und Menschenrechte nach innen und außen sein. Unser Wunsch ist dabei auch, dass Menschen aus marginalisierten Gruppen sich vielleicht eher zur Teilnahme oder Mitwirkung ermutigt fühlen.

> „Wenn durch Bildung nicht mehr gegengesteuert wird, wächst die Gefahr, dass sich mehr Menschen auf der Suche nach einem guten, naturnahen Leben, durch Rechtsextreme verführen lassen.

> Uns ist wichtig zu sagen, was wir gegen Rechtsextremismus und -populismus tun und dass dies Teil unseres Bildungsverständnisses ist.

Organisationen können in Referent*innenverträgen und Anmeldeformularen für Teilnehmende extremistische Positionen ausschließen.

Organisationen können sich eine Strategie zum Umgang mit Verdachtsfällen von Rechtsextremismus in ihren eigenen Reihen geben.

Akteur*innen, die im Umweltbereich mit rechtsextremen Strömungen konfrontiert sind, sollten das in ihrer Organisation thematisieren. Sie könnten auch entsprechende Fortbildungen bei FARN (Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz, Anm. d. Redaktion) oder anderen Anbietern machen oder sich von den Mobilen Beratungsstellen beraten lassen, um sich im Umgang mit rechtsextremer Einflussnahme zu stärken.

Das Projekt „ANU gegen Rechtsextremismus“ endete im Dezember 2024. Gibt es Projektbestandteile – etwa Inhalte, Formate oder Arbeitsweisen – die über das Projektende hinaus in der ANU weitergeführt oder in bestehende Abläufe übernommen werden?

Der ANU-Sprecherrat hat eine Ansprechstelle für Verdachtsfälle von Extremismus innerhalb der ANU implementiert und intern kommuniziert. Wer einen begründeten Verdacht hat, dass ein Mitglied der ANU nicht satzungsgemäß und nicht auf dem Boden des Grundgesetzes agiert, kann sich an eine bestimmte E-Mailadresse wenden. Das weitere Vorgehen ist zum Schutz aller Beteiligten genau festgelegt.

Die Ergebnisse des Projekts wurden auf dem Bund-Länder-Treffen 2025 vorgestellt und diskutiert. Sie finden Eingang in weitere Netzwerke auf Bundes- und Länderebene. So haben sich z.B. gute Kontakte zur „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus“ in einigen Bundesländern ergeben, der Austausch zu mehreren Naturschutzverbänden wird weiterhin gepflegt, hier wirken wir derzeit in zwei Projektbeiräten zum Thema mit.

Es finden 2025 in einigen Landesverbänden weitere Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus und Demokratiebildung statt, die, angeregt durch das Projekt, den konkreten Fortbildungsbedarf der Mitglieder decken sollen. Und nicht zuletzt bilden wir uns auch auf Vorstandsebene weiterhin zum Thema fort.

Initiativen, Projekte und Ansätze die sich mit Rechtsextremismus im Natur-, Klima- und Umweltschutz auseinandersetzen



FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz

Die **Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement (FARN)** im Naturschutz wurde 2017 von den Naturfreunden und der Naturfreundejugend gegründet. FARN arbeitet bundesweit und untersucht historische wie aktuelle Verbindungen zwischen extrem rechten Strömungen, völkischen Ideologien mit Natur- und Umweltschutz.

FARN bietet vielfältige Workshops, Vorträge sowie regelmäßig erscheinende Broschüren und Handreichungen an. Zudem berät FARN Engagierte im Klima- und Umweltschutz sowie in der Kommunalpolitik im Umgang mit rechter Einflussnahme vor Ort.

Themenschwerpunkte im Kontext rechter Ideologien im Umweltschutz sind unter anderem:

- **Ökologie von Rechts:** Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz
- **Braune Esoterik**
- **Die extreme Rechte zwischen Klimawandelleugnung und Klimanationalismus**
- **Rechte Ideologien in der Landwirtschaft**
- **Mythos „Deutscher Wald“**
- **Antifeminismus und Gender im extrem rechten Naturschutz**
- **Demokratisch gegen Rechts:** Natur- und Umweltschutz aus globaler Perspektive

Weitere Informationen, Themenschwerpunkte sowie Anfragen zu Workshops, Vorträgen oder Beratungsangeboten findest du auf der Website: www.nf-farn.de

JuDu – Jugendverbände für Demokratie im Umweltschutz

Die Netzwerkstelle **FARN**, die **Naturfreundejugend**, die **BUNDjugend** und die **NAJU** haben sich zusammengeschlossen, um junge Menschen verbandsübergreifend im Umweltschutz zu stärken und ihre demokratische Haltung zu fördern.

Das vom **Umweltbundesamt (UBA)** geförderte Projekt läuft von **April 2025 bis Oktober 2026**. Ziel ist es, innerhalb der beteiligten Verbände wie auch darüber hinaus auf die Gefahren antidemokratischer Interventionen aufmerksam zu machen und gemeinsam Strategien dagegen zu entwickeln.

Das Projekt umfasst mehrere Bausteine, die in enger Zusammenarbeit der drei Verbände umgesetzt werden:

- **Multischulungen:** Pro Verband finden zwei Schulungen statt, die inhaltlich von FARN begleitet werden. Dabei stehen folgende Leitfragen im Mittelpunkt:
  - Welche Verbindungen bestehen zwischen rechten Ideologien und Umweltschutz?
  - Wie versuchen rechte Akteur*innen, ökologische Themen zu besetzen oder die Klimadebatte zu beeinflussen?
  - Was können Engagierte im Klima- und Umweltschutz dem entgegensetzen?

Im Anschluss geben ausgebildete Multiplikator*innen die Inhalte in ihren jeweiligen Ehrenamtsstrukturen weiter.

- **Online-Weiterbildungsangebote:** Diese greifen spezifische Aspekte rechter Ideologien im Umweltschutz auf.
- **Bildungsmaterialien:** Materialien für verschiedene Zielgruppen werden entwickelt und bereitgestellt.
- **Workshops:** Durchführung in Landesverbänden.
- **Vernetzungstreffen:** Gemeinsamer Austausch zwischen FARN, BUNDjugend, Naturfreundejugend und NAJU.

Umweltpolitik und die populistische Herausforderung (Das Progressive Zentrum)

Das **ifok.**, das **Öko-Institut** und das **Progressive Zentrum** arbeiten im Auftrag des Umweltbundesamts zusammen, um wissenschaftlich fundierte Handlungsstrategien gegen Delegitimierungsversuche in der Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitspolitik zu entwickeln.

Während der Projektlaufzeit von 2022 bis 2025 sind folgende Vorhaben vorgesehen:

- **Bestandsaufnahme** zu populistischen und antidemokratischen Delegitimierungsversuchen in der Umwelt- und Klimapolitik
- **Entwicklung von Strategien** zur Stärkung einer handlungsfähigen Umweltpolitik
- **Befähigung von Akteur*innen** aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, populistischer und antidemokratischer Einflussnahme wirksam entgegenzutreten
- **Einbindung von Unterstützenden** der Umwelt- und Klimapolitik sowie Initiativen der Demokratieförderung

Weitere Informationen zum Projekt findest du hier: Umweltpolitik und die populistische Herausforderung

Kein Blattbreit der Rechten (NAJU, ausgelaufenes Projekt)

Im Rahmen des Projekts **„Kein Blattbreit der Rechten – Verbandliche Stärkung der Prävention gegen rechte Interventionen“** verfolgte die **Naturschutzjugend (NAJU)** das Ziel, den Verband für die Zusammenhänge zwischen extrem rechten Ideologien und Naturschutz zu sensibilisieren.
Gefördert durch das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ wurde das Projekt von März 2023 bis Dezember 2024 umgesetzt. In diesem Zeitraum entstanden verschiedene **Bildungsmaterialien**, darunter Publikationen, Infografiken, Erklärvideos sowie ein **E-Learning-Tool**. Diese dienen dazu, Wissen zu vermitteln, Handlungskompetenzen zu stärken und eine kritische Auseinandersetzung mit rechten Interventionen im Naturschutz zu fördern.

Alle im Projekt erarbeiteten Inhalte sind online abrufbar: Materialien „Kein Blattbreit der Rechten“

ANU gegen Rechtsextremismus (ausgelaufenes Projekt)

Auf den ersten Blick scheinen Forderungen von Rechtsextremen häufig mit denen von Natur- und Umweltschutzorganisationen übereinzustimmen. Tatsächlich nutzen rechtsextreme Akteur*innen diese Themen jedoch gezielt, um ökologische Bewegungen zu unterwandern und ihre menschenfeindlichen Ideologien zu verbreiten.

Um dem wirksam zu begegnen, hat die **ANU** im Projektzeitraum von Oktober 2023 bis 2024 verschiedene Maßnahmen umgesetzt. Ziel war es, Mitglieder sowie Multiplikator*innen der Umweltbildung darin zu stärken, **rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen zu erkennen und abzuwehren**. Ein zentraler Bestandteil des Projekts waren **Fortbildungen**, die in unterschiedlichen Regionen Deutschlands durchgeführt wurden.

Darüber hinaus hat die ANU eine **öffentliche Erklärung** zum Thema Rechtsextremismus erarbeitet. Gefördert wurde das Projekt durch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE).

Die Erklärung sowie weitere Projektergebnisse sind hier abrufbar: www.umweltbildung.de/rechtsextremismus

AK gegen Rechts der Solawi

Der Arbeitskreis Gegen Rechts wurde 2016 als Netzwerk gegründet, um einer Vereinnahmung der zentralen Anliegen der Solidarischen Landwirtschaft durch nationalistische Gruppen entgegenzuwirken. Grundlage seiner Arbeit ist ein klares **Bekenntnis zu Humanismus und Weltoffenheit.**

Das Netzwerk initiiert und begleitet Projekte zur Aufklärung und Sensibilisierung, dokumentiert Fälle rechtsextremer Unterwanderung und bietet Unterstützung bei entsprechenden Vorfällen an.

Einige aktuelle und vergangene Projekte sind:

- **Methodenkoffer „Anti-Rassismus & Vielfalt für Solawis“**
- **Verbandsübergreifende Vernetzungsformate**, etwa „Außen Grün – Innen Braun?“

Weitere Informationen, Materialien sowie die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme findest du hier: www.solidarische-landwirtschaft.org/das-netzwerk/arbeitskreise/gegen-rechts

Echo! – Klima im demokratischen Raum
(Kulturbüro Sachsen e.V.)

Echo! – Klima im demokratischen Raum ist ein Projekt des **Kulturbüro Sachsen e. V.**, gefördert durch die Stiftung Mercator (Laufzeit: Juli 2024 bis Juni 2026). Es setzt an der Schnittstelle von Klimakrise, sozialer Gerechtigkeit und Demokratieentwicklung an und macht deutlich: Klimaschutz ist auch ein demokratiepolitisches Thema.

Im Fokus stehen Organisationen, Vereine und Initiativen der demokratischen Zivilgesellschaft in Mitteldeutschland, die für Menschenrechte und gegen Rechtsextremismus arbeiten.

Ziel des Projekts ist es, Klimaschutz stärker in die Demokratiearbeit zu integrieren, rechtsextreme Instrumentalisierungen des Klimadiskurses sichtbar zu machen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen in ihrer Handlungs- und Argumentationsfähigkeit zu stärken. Dafür umfasst Echo! mehrere Bausteine:

- **Fachtage, z.B zu den Themen** „Demokratie und Klimaschutz“, „Klima(un)gerechtigkeit“ und „Klimaschutz und die extreme Rechte“
- **Handlungs- und Kommunikationstrainings** zur Auseinandersetzung mit Klimawandelleugnung und klimaskeptischen Haltungen
- **Ein anwendungsorientiertes Online-Handbuch**, das die Erkenntnisse der Projektarbeit bündelt und langfristig nutzbar macht.

Weitere Informationen zum Projekt und zu weiteren Angeboten des Kulturbüro Sachsen e.V. findest du hier: https://kulturbuero-sachsen.de/arbeitsbereiche/bildungsangebot/

Kompetenzen für den Wandel
(Kooperationsprojekt des BUND und NABU)

Wie kann ich mich in einer Zeit wachsender Polarisierung und Verunsicherung souverän für Umwelt und Natur einsetzen? Was hilft mir, in kritischen Situationen Haltung zu wahren, handlungsfähig und dialogbereit zu bleiben?

Mit diesen Fragen beschäftigt sich der **BUND** im Rahmen des zweijährigen Projektes „Kompetenzen für den Wandel“, gefördert vom Umweltbundesamt. In Kooperation mit dem **NABU** entsteht eine **digitale Kursreihe, die Interessierten und Aktiven helfen soll, mit populistischen Strategien und schwierigen Gesprächssituationen umzugehen.** In alltagsnahen Szenarien kann das eigene Wissen erweitert und Handlungsspielräume für die Arbeit vor Ort ausgelotet werden – um auch in stürmischen Zeiten weiter Kraft und Motivation für Ihr Engagement zu finden.

Die **kostenfreien Kurse** sind Teil der neuen digitalen **Lernwelt der BUND Akademie** und hier zu finden: https://www.bund.net/lernwelt/kompetenzen-fuer-den-wandel/



Quellenverzeichnis

1 von Bernstorff, Andreas (2021): Ökologie von rechts – Von der deutschen Nationalromantik bis zur AfD. In: Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg, 18.11.2021, online unter: https://www.boell-bw.de/de/2021/11/04/oekologie-von-rechts (letzter Zugriff: 14.10.2025).

2 Frohn, Hans-Werner / Rosebrock, Jürgen (2022): Geschichte der Naturschutzpolitik. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 08.12.2022, online unter: https://www.bpb.de/themen/umwelt/naturschutzpolitik/510381/geschichte-der-naturschutzpolitik/ (letzter Zugriff: 14.10.2025).

3 Müller, Michael / Sommer, Jörg / Marian, Hans-Gerd (2020): Die braunen Seiten im Naturschutz. In: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Ausgabe 1/2 2020, 16.01.2020, online unter: https://www.frankfurter-hefte.de/artikel/die-braunen-seiten-im-naturschutz-2882/ (letzter Zugriff: 18.11.2025).

4 Engels, Jens Ivo (2015): Wie grün waren die Nazis? In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 10.09.2015, online unter: https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/211921/wie-gruen-waren-die-nazis/ (letzter Zugriff: 21.10.2025).

5 Frohn, Hans-Werner / Rosebrock, Jürgen (2022): Geschichte der Naturschutzpolitik. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 08.12.2022, online unter: https://www.bpb.de/themen/umwelt/naturschutzpolitik/510381/geschichte-der-naturschutzpolitik/ (letzter Zugriff: 14.10.2025).

6 Staud, Toralf (2015): Grüne Braune. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 10.09.2015, online unter: https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/211922/gruene-braune/ (letzter Zugriff: 18.11.2025).

7 Nicolaisen, Lukas (2018): Naturgesetz, in: Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (Hrsg.): Rechtsextreme Ideologien im Natur- und Umweltschutz. Eine Handreichung, Berlin, S. 16 – 19.

8 Schmoll, Friedemann (2003): Naturschutz und Antisemitismus zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: Radkau, Joachim / Uekötter, Frank (Hg.): Naturschutz und Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. / New York, S. 169-182.

9 Engels, Jens Ivo (2015): Wie grün waren die Nazis? In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 10.09.2015, online unter: https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/211921/wie-gruen-waren-die-nazis/ (letzter Zugriff: 21.10.2025).; Eissing, Hildegard (2019): Naturschutz und Nationalsozialismus – eine sehr kurze Einführung. In: Mensch.Natur. Gesellschaft. – Naturschutz gegen Rechtsextremismus, online unter: https://mensch-natur-gesellschaft.de/wp-content/uploads/2022/06/Naturschutz-und-Nationalsozialismus.-Von-H.-Eissing.pdf (letzter Zugriff: 21.10.2025).

10 Schmitz-Berning, Cornelia (2007): Vokabular des Nationalsozialismus. 2. Auflage, Berlin, S. 110 – 112.

11 Schmoll, Friedemann (2003): Naturschutz und Antisemitismus zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: Radkau, Joachim / Uekötter, Frank (Hg.): Naturschutz und Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. / New York, S. 169-182.

12 Engels, Jens Ivo (2015): Wie grün waren die Nazis? In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 10.09.2015, online unter: https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/211921/wie-gruen-waren-die-nazis/ (letzter Zugriff: 21.10.2025).

13 Engels, Jens Ivo (2015): Wie grün waren die Nazis? In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 10.09.2015, online unter: https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/211921/wie-gruen-waren-die-nazis/ (letzter Zugriff: 21.10.2025).

14 Radkau, Joachim (2003): Naturschutz und Nationalsozialismus – wo ist das Problem? In: Radkau, Joachim / Uekötter, Frank (Hg.): Naturschutz und Nationalsozialismus. Campus, Frankfurt a. M. / New York, S. 43.

15 Apel, Linde (2014): Der „Generalplan Ost". In: Deutsches Historisches Museum (DHM), LeMO – Lebendiges Museum Online, 14.09.2014, online unter: https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/voelkermord/generalplan-ost (letzter Zugriff: 14.10.2025).

16 Heinemann, Isabel (2021): Raumordnung im Nationalsozialismus: der „Generalplan Ost". In: Nachrichten der ARL, 51 (1), S. 26, online unter: https://www.arl-net.de/system/files/media-shop/pdf/nachrichten/2021-1/nr_1-21_heinemann.pdf (letzter Zugriff: 14.10.2025).

17 Frohn, Hans-Werner (2015): Naturschutz und Demokratie. Vom Hang zu „starken Männern" und lange Zeit bewusst verschwiegenen demokratischen Traditionen 1880 bis 1970. In: Heinrich, Gudrun / Kaiser, Klaus-Dieter / Wiersbinski, Norbert (Hg.): Naturschutz und Rechtsradikalismus. Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten. BfN-Skripten 394, Bundesamt für Naturschutz, Bonn–Bad Godesberg, S. 79, online unter: https://ba-nu-akademien.de/wp-content/uploads/2021/12/bfnskript394rechtsradikalismus.pdf (letzter Zugriff: 03.11.2025).

18 Frohn, Hans-Werner / Rosebrock, Jürgen (2022): Geschichte der Naturschutzpolitik. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), 08.12.2022, online unter: https://www.bpb.de/themen/umwelt/naturschutzpolitik/510381/geschichte-der-naturschutzpolitik/ (letzter Zugriff: 14.10.2025).

19 Hasenöhrl, Ute (2011): Natur- und Umweltschutz (nach 1945). In: Historisches Lexikon Bayerns, 12.09.2011, online unter: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Natur-_und_Umweltschutz_(nach_1945) (letzter Zugriff: 05.10.2025).

20 Brand, Karl-Werner (2024): Umweltbewegungen im 21. Jahrhundert. In: Sonnberger, M./Bleicher, A./Groß, M. (Hg.): Handbuch Umweltsoziologie. Wiesbaden, S. 921f., online unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-37218-7_63 (letzter Zugriff: 18.11.2025).

21 Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) (2024): Natur- und Umweltengagement in der DDR. In: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), 15.10.2024, online unter: https://www.bundesumweltministerium.de/30jahrenaturschutz/natur-und-umweltengagement-in-der-ddr (letzter Zugriff: 29.10.2025).

22 Schulz, Thorsten (2006): Das „Europäische Naturschutzjahr 1970" – Versuch einer europaweiten Umweltkampagne. In: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Discussion Paper 2006-007, Berlin, S. 4f., online unter: https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2006/p06-007.pdf (letzter Zugriff: 20.11.2025).

23 Franke, Nils M. (2015): 40 Jahre BUND. Die Geschichte des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V., 1975–2015. Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (Hg.), Berlin, S. 7.; Schulz, Thorsten (2006): Das „Europäische Naturschutzjahr 1970" – Versuch einer europaweiten Umweltkampagne. In: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Discussion Paper 2006-007, Berlin, S. 20ff., online unter: https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2006/p06-007.pdf (letzter Zugriff: 20.11.2025).

24 Rink, Dieter (2020): Umwelt. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Lange Wege der Deutschen Einheit, 19.02.2020, online unter: https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47350/umwelt/ (letzter Zugriff: 14.10.2025).

25 Adam, Thomas (1998): Die Verteidigung des Vertrauten: Zur Geschichte der Natur- und Umweltschutzbewegung in Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts, in: Zeitschrift für Politik, Ausgabe 45, Nr. 1, S. 27f.

26 Volk, Rainer (2023): Die Ölkrise 1973 – Als Energie knapp und politisch wurde. In: SWR2 Wissen, 24.11.2023, online unter: https://www.swr.de/swrkultur/wissen/die-oelkrise-1973-als-energie-knapp-und-politisch-wurde-swr2-wissen-2023-11-24-102.html (letzter Zugriff: 05.11.2025).

27 Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (2022): Grünes Blatt auf braunem Boden. Rechte Ideologien in der Landwirtschaft, Berlin, S. 11.

28 Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit: Begriffe · Positionen · Praxisfelder. 2. Auflage. Springer eBook Collection Humanities, Social Science. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.30

29 Zick, Andreas, Nico Mokros, und Beate Küpper (2025): „Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft". In Die angespannte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25, herausgegeben von Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros, und Marco Eden. Dietz, J.H.W., Nachf, S.82 f.

30 Geffken, Lisa, Glaser, Enrico, Mönig, Alina u. a. (2024): Demokratieatlas. Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Handeln. Herausgegeben von Amadeu Antonio Stiftung, S.11.

31 ebd. Demokratieatlas. Rechtsextremismus und zivilgesellschaftliches Handeln, S. 14.

32 Zick, Andreas, und Nico Mokros (2025): „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Mitte". In Die angespannte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25, herausgegeben von Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros, und Marco Eden. Dietz, J.H.W., Nachf, S. 125.

33 Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) (2022): Grünes Blatt auf braunem Boden. Rechte Ideologien in der Landwirtschaft, Berlin, S. 11.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. (BUND)

Der **Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)** ist mit rund 674.000 Unterstützer*innen einer der größten Umweltverbände Deutschlands. Seit 50 Jahren engagiert er sich unter anderem für eine ökologische Landwirtschaft, den Klimaschutz, den Schutz bedrohter Arten, des Waldes und des Wassers. Finanziert durch Spenden und Mitgliedsbeiträge ist der BUND unabhängig von Politik und Wirtschaft.

Erich-Zeigner-Haus e.V.

Der **Erich-Zeigner-Haus e.V.** ist ein Leipziger Verein für Demokratiearbeit und außerschulische historisch-politische Bildung, der seit 1999 mit Jugendlichen und Erwachsenen arbeitet. Mit unterschiedlichen Projekten, vom Leipziger Netzwerk für Demokratie bis hin zu Jugendprojekten und Stolpersteinverlegungen sowie Workshops und Fortbildungen zur Prävention von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stärkt der Verein Menschen darin, sich informiert und couragiert für eine offene, demokratische Gesellschaft einzusetzen.

Über das Projekt

Durchblick gegen Unterwanderung: Schutz vor Rechtsextremismus im Umweltbereich

Rechtsextremismus und Ökologie – ein Widerspruch in sich? Auf den ersten Blick passt beides kaum zusammen: Wer sich für Klima, Umwelt und Natur einsetzt, steht doch meist für Verantwortung und Gerechtigkeit. Tatsächlich aber versuchen Rechtsextreme zunehmend, ökologische Themen zu vereinnahmen und ihre menschenfeindliche Ideologie in Verbände, Initiativen und Projekte zu tragen.

Hier setzt der BUND mit seinem Kooperationsprojekt „Durchblick gegen Unterwanderung: Schutz vor Rechtsextremismus im Umweltbereich“ an. Zusammen mit dem Erich-Zeigner-Haus e.V. in Leipzig wollen wir vier Jahre lang Haupt- und Ehrenamtliche darin stärken, rechtsextreme Strategien zu erkennen, sicher zu handeln und demokratische Werte zu verteidigen. (Gefördert im Bundesprogramm „Demokratie leben!“.)

Dazu bieten wir kostenlose E-Learning-Kurse in der Lernwelt der BUND-Akademie an – flexibel, praxisnah und alltagstauglich. Auch Workshops, Veranstaltungen und weitere Angebote sind Teil des Projekts. Ob am Schreibtisch, in der Bildungsarbeit oder beim Naturschutz vor Ort: Unser Angebot unterstützt Aktive dabei, wachsam zu bleiben, sich effektiv zu vernetzen und gemeinsam für eine demokratische Umweltbewegung einzustehen.

Über diesen Link geht’s direkt zu unseren Angeboten:
https://www.bund.net/lernwelt/durchblick-gegen-unterwanderung

